

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 3. November 2014

Verfasser: Thomas Wirth

In einem turbulenten Start der Ratssitzung wurde auf Wunsch der Regierung, der KBIK und der Geschäftsleitung des Kantonsrates – aber gegen den Willen der SVP, CVP und Teilen der glp - das vorbereitete Geschäft zum Immobilienmanagement abgesetzt. Trotz fehlender formellen oder inhaltlichen Argumenten hat sich damit der Rat dem Druck der Bildungsdirektion gebeugt.

Darüber hinaus gab es – das ein Novum – noch zwei weitere Anträge auf Änderung der Traktandenliste, denen stattgegeben wurde. Erst nach 20 Minuten konnten wir effektiv mit den Sachgeschäften beginnen.

Im Rahmen einer längeren Energiedebatte wurden verschiedene energiepolitische Vorstösse behandelt. Zum Start wurde auf die **wettbewerbliche Ausschreibung der Energieeffizienz** als Ergänzung zum Bundesprojekt verzichtet. Die glp bedauert, dass der Regierungsrat in dieser Frage nichts unternehmen will. Eine Koordination der bestehenden Bemühungen in den verschiedenen Elektrizitätswerken im Kanton und die Schaffung eines effizienten Instruments zur Förderung der Energieeffizienz wäre ein sinnvoller Beitrag zur Energiewende gewesen.

Die glp fordert einen Ergänzungsbericht zur Verankerung der **Energieeffizienz von Haushaltsgeräten in den MuKEN**. Im Zusatzbericht soll der Regierungsrat in einen Zeitplan aufzeigen, wie die Empfehlungen der Energiedirektorenkonferenz rasch und wirkungsvoll in den kantonalen Vorschriften verankert werden sollen. Damit soll sichergestellt werden, dass bei Hausinstallationen energieeffiziente Geräte verwendet werden müssen. Der Rat folgte mit 87 zu 81 Stimmen der Argumentation der glp.

Einigkeit herrschte im Rat bei der Forderung, dass bis **2030 5% des kantonalen Stromverbrauchs aus neuen erneuerbaren Energien** gedeckt werden soll. Das Ziel soll gemäss bestehender Planung bereits 2020 erreicht sein. Die glp wünscht sich vom Regierungsrat, dass er zukünftig ambitioniertere Ziele setzt und vermehrt als Gestalter anstatt als Bremsen in Erscheinung tritt. Das Postulat kann aber abgeschrieben werden.

Mit einer Studie zum **Potential der Trinkwasserkraftwerke** hat der Regierungsrat eine Forderung der Kantonsrates erfüllt. Die glp ist in dieser Frage mit dem Regierungsrat zufrieden und hofft, dass das bestehende Potential auch genutzt wird. Ebenfalls einstimmig abgeschrieben wurde das Postulat zu den intelligenten Stromzählern.

Der Bau von Mobilfunkzonen führt in vielen Gemeinden zu intensiven Diskussionen. Mit einer Behördeninitiative forderte die Stadt Zürich **emissionsarme Mobilfunkzonen** und die Verankerung des Delegations- und Kooperationsmodell im Planungs- und Baugesetz als Standardlösung. Die glp lehnt mit der grossen Mehrheit des Rates den gesetzlichen Zwang ab und bevorzugt die freiwillige Variante, wie sie im Kanton Zürich bereits praktiziert wird.

Ebenfalls fand das nationale Politikum der Gewässerraumausscheidung im Kantonsrat seinen Widerhall. Bauernkreise fordern den **Verzicht auf Enteignungen in den Gewässerräumen** im Landwirtschaftsgebiet und die minimalstmögliche Umsetzung. Die glp sprach sich gegen die Überweisung des unnötigen Postulats aus, da die Ausscheidung der Gewässerräume für die Erhaltung der Biodiversität, den Schutz unserer Gewässer und der Verbesserung des Hochwasserschutzes dringend notwendig sind. Noch immer werden bei 80% der Stichproben erhöhte Werte von Pestiziden im Gewässer festgestellt, weshalb anstatt der Aufweichung eher strenger Vorgaben notwendig sind. Sie stützt daher den Antrag des Regierungsrates auf Abschreibung des Postulats und lehnt den geforderten Zusatzbericht ab. Leider fanden die Argumente der glp im Rat zu wenig Gehör.